



Peter Hintze MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Familie
Wolfgang und Marie-Louise Seitz
Nibelungenstraße 30

64625 Bensheim

9. August 2011

Sehr geehrte Frau Seitz, sehr geehrter Herr Seitz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 9. Juli 2011 im Nachgang zur PID-Entscheidung des Deutschen Bundestages.

Der parlamentarischen Entscheidung ist eine intensive gesellschaftsweite Debatte über die PID vorausgegangen, an der sich nicht nur die Politik, sondern auch viele betroffene Menschen, die Wissenschaft, viele Verbände und insbesondere die Kirchen beteiligt hatten. Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hat sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag diesem wichtigen Thema angenommen und eine gute und sehr faire Debatte geführt, die deutlich gemacht hat, dass Christen in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sein können. Die Diskussion innerhalb der Union und so, wie ich sie auch innerhalb der Evangelischen Kirche erlebt habe, war getragen von dem Bewusstsein, dass hier jeder seinem individuellen Gewissen folgen darf.

Für mich waren im wesentlichen zwei Gründe ausschlaggebend: Die existentielle Not derjenigen Menschen, die eine Tot- oder Fehlgeburt oder befürchten müssen, der Aussicht auf ein Kind mit schweren Behinderungen körperlich und seelisch nicht gewachsen zu sein. Und der drohende Wertungswiderspruch zu den für den Schwangerschaftsabbruch geltenden Regeln, worauf bereits der Bundesgerichtshof hinge-